„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Auslandspreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigentarife auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835–1837 Halifax St. Regina, Sask.

'Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 22. November 1922 | 12 Seiten | Nummer 3

Lloyd George unterliegt in Englands Wahlen

Konservative erhalten Stimmen-Majorität über sämtliche Parteigruppen. — Gewinne der Arbeiter-Partei auf Kosten der Liberalen und Konservativen.

London, 20. Nov. — Bei den Neuwahlen für das Parlament hat Ex-Premier Lloyd George eine Niederlage erlitten. Die Konservativen, welche den Standpunkt vertraten, daß die Koalition abgewirtschaftet hat und die Zeit für Rückkehr zu einer strikten Partei-Regierung gekommen ist, haben den Sieg davongetragen. Das neue Parlament enthält die gleiche überwältigende Mehrheit von Konservativen, wie das verflossene Parlament, welches im Jahre 1918 in dankbarer Begeisterung für Lloyd George als „Gewinner des Krieges" erwählt worden war.

Dem neuen Premier Bonar Law wird in dem Parlament eine Majorität von ungefähr 80 Stimmen über die anderen Parteien zusammen zur Verfügung stehen. Die Gefolgschaft des Ex-Premier Lloyd George (Nationalliberale) ist durch das Wahlergebnis auf weniger als 50 vermindert, und diese Gruppe wird voraussichtlich in Opposition treten, anstatt mit den Konservativen zusammenzuarbeiten. Zur Zeit der Auflösung des Parlaments bezifferte sich die Zahl der Koalitionsliberalen im Unterhaus auf 122, jetzt sind sie nur noch 44 Mann stark, ein deutlicher Beweis, daß Lloyd Georges Standpunkt bei der Wählerschaft keinen Anklang gefunden hat. Viele der Bewunderer des Ex-Premiers bedauern, daß er den Ratschlägen seiner Freunde, zeitweilig von der politischen Bühne abzutreten, nicht gefolgt ist.

Die Asquith-Liberalen haben ihre Stärke von 34 im alten Parlament auf 62 im neuen vermehrt.

Arbeiterpartei die zweitstärkste Parlaments-Gruppe.

Die Vertretung der Arbeiter-Partei ist von 76 auf 136 Sitze gestiegen. Allgemein ist man überzeugt, daß der Wahlsieg dieser Partei noch größer sich gestaltet hätte, wenn sie nicht den Fehler begangen hätte, eine Steuerumlage auf Kapital zu befürworten. Die von den Konservativen bekundete Stärke war zwar eine Ueberraschung, aber das ganze Wahlergebnis kennzeichnet den Rückgang des Liberalismus in England und das Wachstum der Arbeiterpartei. Hiernach ist zu schließen, daß künftig der Kampf zwischen den Konservativen auf der einen Seite und den Arbeitern auf der anderen ausgefochten werden wird. Derzeit ist die Arbeiter-Partei die zweitstärkste Parlamentsgruppe, und sollte die neue Regierung eine bei der jetzigen Zusammensetzung des Unterhauses zwar unwahrscheinliche Niederlage erleiden, würde der König sich an die Arbeiter-Partei um einen neuen Premier wenden müssen.

Lenin wählte deutsche Sprache

für Rede vor dritter Internationale als meistgesprochene

Moskau, 21. Nov. — Premier Lenin hat in deutscher Sprache vor der dritten Internationale über den Wechsel in der Wirtschaftspolitik geredet, der im Frühjahr 1920 unternommen worden sei, als die Sowjet-Regierung tatsächlich die Mehrheit der Arbeiter und die gesamte Bauernschaft gegen sich gehabt habe, wegen der schnellen Umwandlung zum Kommunismus. Jetzt seien die Bauern und Arbeiter zufrieden. Hunderte von Millionen Puds Getreide seien in diesem Jahre ohne Mühe und ohne Gewalt eingezogen worden. Die neue Wirtschaftspolitik sei keine Gefahr für Sowjet-Rußland, weil die Regierung die großen Industrien und den „Staatshandel" selbst behalte. Durch Einführung gemischter Gesellschaften, an denen fremdes Kapital beteiligt sei, lerne Sowjet-Rußland die Handelskniffe des Auslandes, behalte aber volle Kontrolle über Unternehmen und könne sie sofort eingehen lassen, wenn sie sich als Gefahr für die kommunistische Sache erwiesen.

Die Großindustrie sei in der schwierigsten Lage und brauche hundert Millionen Goldrubel zum Wiederaufbau. Nicht ein Rubel sei vom Auslande geliehen worden, daher müsse der Haushalt, selbst mit Bezug auf die Schulen, beschnitten werden, damit gespart werde. Die [illegible] müsse hochkommen und dazu [illegible] zwanzig Millionen Goldrubel reserviert worden. Solange die Industrien nicht fortgegründet seien, werde Rußland nicht ein zivilisiertes Volk werden. Der Rubel sei in den letzten fünf Monaten stabilisiert worden. Rußland müsse vor allen Dingen lernen zu lesen, zu schreiben, zu organisieren. Lenin warnte vor Ueberstürzung mit der Weltrevolution, rät aber für sorgfältige Beobachtung der Weltereignisse ein.

Conrad von Hötzendorf feiert 70. Geburtstag

Berlin, 21. Nov. — Wie aus Innsbruck gemeldet wird, hat dort der frühere langjährige Chef des Großen Generalstabs der österreichischen und ungarischen Armee, Conrad von Hötzendorf, seinen 70. Geburtstag gefeiert. Dem genialen Strategen, der sich noch vollständiger geistiger und körperlicher Frische erfreut, gingen an diesem seinem Ehrentag aus allen Teilen des Habsburger Reiches, wie auch aus vielen Gauen Deutschlands die herzlichsten Glückwünsche zu.

Rußland droht Polen mit Aufhebung des Handelsvertrages

Moskau, 21. Nov. — Die russische Regierung hat die polnische benachrichtigt, daß, sollte letztere nicht sofort den Sowjetgesandten empfangen, der zwischen Rußland und Polen abgeschlossene Handelsvertrag gelöst werden und Rußland weitere Maßnahmen ergreifen würde.

Raubversuch in Montreal vereitelt

Montreal, 21. Nov. — Ein kühner Ueberfall auf die Sterling Bank of Canada, inmitten des Finanzdistrikts, wurde kurz vor Mittag vereitelt. Ein Mann stürzte zum Zähler und verlangte Uebergabe von Geldbanden. Ein anderer Angestellter, der einen Revolver ergriff, wies den Mann weg, worauf der Räuber feuerte. Der Bankbeamte erwiderte und der Räuber floh in ein Office gebäude, wo sich ihm ein anderer anschloß. Beide entkamen in dem Gewühl der Passanten. Nach den Bankbeamten machte der Räuber keine Beute.

Kiautschou fällt an China zurück

Peking, 21. Nov. — China wird in Kiautschou am 2. oder, [illegible] weise schon am 1. Dezember „Herr im eigenen Hause" werden, nach einer deutigen Erklärung von Katsuji Debuchi, dem Vorsitzenden der japanischen Schantung-Kommission.

Das frühere deutsche Schutzgebiet, das später von den Japanern übernommen wurde, nachdem sie die deutsche Besatzung im Weltkriege besiegt hatten, wird an dem oben genannten Tage wieder der Pekinger Regierung übergeben werden. Japan hat bereits seinen Generalkonsul für Kiautschou ausgewählt, der die Regierung in Tokio in Kiautschou repräsentieren wird, wenn die japanischen Zivilbehörden die Stadt verlassen haben.

Die detaillierte Abmachung für die Uebertragung in Uebereinstimmung mit dem während der Washingtoner Konferenz unterzeichneten Vertrag ist fast vollendet. Eine Streitfrage muß nur noch geregelt werden, nämlich die Bedingungen für die Anleihe in der Höhe von 83,000,000 Yen, die China Japan für seine Kapitalsanlagen und Verbesserungen in dem früheren deutschen Schutzgebiet später auszahlen muß.

China ist willens, 15jährige Schatzamts-Noten als Sicherheit für die Schuld auszustellen, will aber keine Zinsen dafür zahlen. Japan ist der Ansicht, daß es zu einem entsprechenden Zinsfuß berechtigt ist, bis China imstande ist, seine Verpflichtungen zu liquidieren.

Explosion von Mondscheinbrennereien.

Chicago, 21. Nov. — Durch die Explosion von zwei Mondscheinbrennereien wurden während der Nacht drei Personen getötet und neun verwundet. Ein der Explosion folgendes Feuer zerstörte zwei Gebäude. Unter den Trümmern fand man die Leiche von Frau Verdoni, Gattin eines italienischen Grocers, dem die Brennereien gehört haben sollen. Die Arme der Mutter umklammerten den Leichnam einer neunjährigen Tochter. Ein elfjähriger Knabe, welchen die Feuerwehr aus einem brennenden Hause gerettet, starb im Hospital.

Ex-Kanzler Wirth spricht über Europas große Not

Wirth-Kabinett ein Opfer der Parteiinteressen

Berlin, den 21. Nov. — „Amerika muß eine wirtschaftliche Weltkonferenz berufen. Es ist seine Pflicht", erklärte heute der vormalige Kanzler Wirth in der ersten Unterredung seit dem Sturz seiner Regierung. Wirth sprach offen, ungehemmt durch diplomatische Zurückhaltung während seiner Regierungszeit. Sein erster Gedanke war, daß Amerika als Schiedsrichter in europäische Angelegenheiten eingreifen muß. Die Ver. Staaten, sagte er, müssen bei der Entschädigungsregelung eine ausschlaggebende Rolle spielen, indem sie amtliche Vertreter für die Kommission ernennen. Sie müssen der Unparteiische für Europa sein. Andernfalls sieht Dr. Wirth Untergang und Bolschewismus in ganz Europa voraus. Wirth selbst will als Abgeordneter weitermachen, im Reichstag eine ähnliche Rolle spielen wie Lloyd George im britischen Parlament.

Wirth wies darauf hin, daß die Ver. Staaten durch Wilson auf die 14 Punkte verpflichtet seien, aber Niemand in Amerika scheine jetzt gewillt, diese Grundsätze durchzuführen. Nicht Politiker, nicht Premier Poincare, werden das europäische Problem, das zu einer Weltfrage geworden, lösen, fuhr Wirth fort. Amerika muß sich sobald als möglich beteiligen und eine Konferenz berufen, welche die Frage von einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt behandelt. Amerika hat jetzt zwei Herren in der Entschädigungs-Kommission, aber warum hat es keine amtlichen Vertreter? Amerika muß offizielle Vertreter haben, um die entscheidende Rolle zu spielen, damit es eine Art Schiedsrichter, ein Unparteiischer wird. Dann äußerte Kanzler Wirth bemerkte dann, er habe alles getan, um die Forderungen des Versailler Vertrags zu erfüllen. Vielleicht hat ich zu viel, aber dies läßt sich nicht beweisen. Nach dem Londoner Ultimatum besetzten die Alliierten Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Fremde Truppen sind noch immer dort. Die Okkupation muß aufhören. Die ganze Frage muß von einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt behandelt werden. Ich fragte, was geschehe, wenn die Ver. Staaten nichts tun. Dann werden Elend und Jammer in ganz Europa beständig zunehmen und Europa wird untergehen. Vor einigen Tagen, sagte Wirth, war eine Abordnung von hiesigen Krankenhäusern bei mir. Sie sagten mir, daß ihre Anstalten schließen müssen. Das ist nicht Alles. Die Wissenschaft ist bedroht, Universitäten sind schlimm daran, die mittleren Klassen werden zu Bettlern. Unsere Geduld ist nicht erschöpft, aber unsere Hilfsquellen sind es.

Cuno bildet Kabinett.

Wilhelm Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika Linie, wurde von Präsident Ebert mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Er setzte sich sofort mit Parteiführern in Verbindung, um ihre Haltung gegenüber einem Arbeitsministerium kennen zu lernen. Das Kabinett soll Mitglieder der mittleren und der sozialistischen Parteien enthalten, wird aber Cuno zufolge keine ausgesprochene Parteizusammensetzung zeigen. Nach seinen Erkundigungen teilte Cuno Präsident Ebert seine Bereitwilligkeit zur Uebernahme des Kanzlerpostens mit und begab sich nach Hamburg, um Angelegenheiten im Zusammenhang mit seiner Stellung bei der Dampfergesellschaft zu regeln.

Cuno ist ein alter Freund von Ebert, er kam zuerst als Vorsitzer eines Ministeriums in Betracht, welches den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes auf einer parteilosen Grundlage zu betreiben hat. Cunos Unterredung mit dem sozialistischen Führer Müller soll befriedigend gewesen sein. Die Reichstagsvertretung der Partei beschloß, Cunos Bemühungen zur Bildung seiner neuen Regierung keinen Widerstand entgegenzusetzen. Der Beschluß gilt als bedeutungsvoll, weil die Radikalen Cunos Absicht kennen, die deutsche Volkspartei zur Beteiligung an dem neuen Ministerium einzuladen. Das neue Ministerium dürfte zum erstenmal am Dienstag im Reichstag erscheinen und sich als ein ungebildetes Koalitionskabinett erweisen, mit einem parteilosen Kanzler an der Spitze.

Zeitungsurteile über Wirts Fall.

Berlin, 21. Nov. — Die nicht-radikale deutsche Presse [illegible] bei Besprechung des Falls des Reichskanzlers Wirth scharfe Kritik an der Ver. Sozialistischen Partei dafür, daß sie in einem Augenblick, in der die Nation der konstruktiven Kräfte, die der Regierung auf Grund der letzten Gutmachungsnote von allen Parteien zur Verfügung geteilt wurden, unnötiger Weise eine Krise heraufbeschworen hat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Organ von Hugo Stinnes, unterschieht den Sozialisten niedrige Parteimotive; bedauert aber ihn übrigen den Rücktritt des Wirth-Kabinetts willkommen, einen Rücktritt, den sie als „ein lautendes und betrübendes Ereignis nach einer langen Periode der Stagnierung" bezeichnet. „Das Wirth Kabinett," fügt die Zeitung bei, „war durch beständige internationale Reibungen zur Untätigkeit verurteilt."

„Vossische Zeitung" und „Tageblatt" beschuldigen sowohl die Sozialisten wie die Volkspartei, sie hätten die Parteiinteressen über das Wohl des Vaterlands gestellt, und behaupten, diese Parteien wären in der Lage gewesen, die Situation zu retten, wenn sie weniger Gewicht auf Parteistolz und Parteipreistige gelegt hätten.

Der „Vorwärts" macht geltend, der Sturz des Kanzlers habe seinen Grund in erster Linie darin, daß er sein oft wiederholtes Versprechen nicht eingelöst, er werde im Fall einer politischen Abrechnung fest auf Seiten der Arbeiter stehen und sich eher einer Niederlage in offener Reichstagssitzung aussetzen, als sich auf Verhandlungen zwischen den Parteiführern hinter der parlamentarischen Szene einzulassen.

Irgend eine Regierung der sogenannten Mittelparteien, erklärt das sozialistische Organ dann weiter, habe keine Aussicht, auf ein Vertrauensvotum der Ver. Sozialisten zu zählen. Troydem hätten die Sozialisten [illegible] die Absicht, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen, sie seien vielmehr geneigt, mit irgend einer Regierung zusammen zu arbeiten, die mit einem positiven Programm hervortrete, das zugleich die Interessen der Arbeiterklassen hinreichend schütze.

Die „Tageszeitung", das Organ der Agrarier, gibt der Ueberzeugung Ausdruck, die Handlung der Sozialisten sei weiter nichts als ein „Appell an die Straße." Das Blatt setzt hinzu, die Wirth-Regierung sei das Opfer eines „Dolchstiches der Radikalen" geworden.

Kanzler Wirth gibt Gründe seines Rücktritts.

Den Vertretern der Presse gegenüber legte Kanzler Wirth heute bei Erklärung seines Rücktritts besonderen Nachdruck auf die Tatsache, daß die letzte Note an die Gutmachungs-Kommission, die von allen Parteien, mit Ausnahme der Sozialisten, unterschrieben werden, die Möglichkeit einer Koalition gewonnen habe, daß sich aber die Sozialisten geweigert hatten, an der in Vorschlag gebrachten Koalition teilzunehmen. Es sei deshalb dringend notwendig geworden, Schritte zu ergreifen, um Deutschland in den Stand setzen zu können, eine feste ausländische Politik zu verfolgen. Man habe den Rücktritt des Kabinetts für diesen Zweck als die beste Lösung erachtet.

Rumänen fordern langen Termin

Wollen ihre Schulden erst 1968 einlösen.

Washington, 21. Nov. — Infolge des gegenwärtigen Programms der rumänischen Regierung für die Konsolidierung ihrer ausländischen Schulden sieht man hier Komplikationen für die Fundierung der rumänischen Kriegsschuld zum Betrage von $41,000,000 entgegen.

Die rumänische Regierung hat nämlich in London eine konsolidierte Anleihe von annähernd $175,000,000 angekündigt, welche aus vierprozentigen Bonds bestehen und die nicht später als im April 168 eingelöst werden sollen. Diese Bonds sollen an die Besitzer rumänischer Schatzamtsnoten verabfolgt werden. Wie man annimmt, besteht ein ähnlicher Konsolidierungsplan für die hier ausstehenden Noten. Zahlung der Interessen und des Wertes der Bonds soll, wie berichtet wird, das Vorrecht über irgend welche andere Zahlungen seitens Rumäniens haben.

Die während des Krieges an Rumänien bewilligten Anleihen sind jedoch nur unter der Bedingung gemacht worden, daß die Ver. Staaten mit den anderen Gläubigern Rumäniens auf gleichem Fuß stehen sollen in betreff der Art der Rückerstattung. Außerdem ist in Bezug auf die Zahlungsbedingungen die Autorität der amerikanischen Kongressen durch das Gesetz über die Fundierung ausländischer Schulden in fällig werdenden Obligationen beschränkt, indem die Maturität auf nicht mehr wie 25 Jahre und mit Zinsen von nicht mehr wie 4¾ Prozent festgesetzt ist.

Schatzamtsbeamte gaben heute abend der Ansicht Ausdruck, daß der rumänische Konsolidierungsplan und die Forderung dieses Landes für gleiche Behandlung ausgeglichen werden müßten, indem man die rumänischen Obligationen annimmt und die konsolidierten Bonds als Sicherheit behält.

Die rumänischen Schuldenkommissare Eftimin Antoweso und Constantin Antoniba, welche mit Hilfs-Schatzamtssekretär Elliot Wadsworth über die politische und finanzielle Lage in ihrem Lande unterhandeln, werden mit der amerikanischen Schuldenkommission am Samstag oder Anfang nächster Woche zusammentreffen.

Hochherziger Helfer deutscher Wissenschaft

Berlin, 21. Nov. — Der schwer bedrängten deutschen Wissenschaft und deren Jüngern, deren Notlage mit die schlimmste ist, ist eine große und hochherzige Unterstützung zuteil geworden.

Der Japaner Kitimi Hoshi, Japans „Stinnes", der einer der führenden Großindustriellen seines Landes und zugleich Präsident der dortigen Pharmazeutischen Gesellschaft, hat zugunsten der deutschen Wissenschaft eine Stiftung von vielen Millionen Mark gemacht. Ihr sind 400 Millionen Mark als Unterstützung zugewandt. Zusätzlich werden die deutschen Wissenschaftler auf dem Gebiet der Chemie im besonderen monatlich auf die Dauer von drei Jahren 2000 Yen (8 Millionen Mark nach heutiger Währung) erhalten. Vor zwei Jahren hatte Hoshi bestimmten deutschen chemischen Anstalten die Summe von 1,000,000 Yen zugewandt.

Der japanische Großindustrielle weilt zur Zeit hier und wohnt im Hotel Esplanade in der Bellevuestraße, Ecke Kurfürsten Karawanderel der Hauptstadt. Dort war es auch im Verlauf eines Essens, das er den führenden deutschen Chemikern gab, daß er seinen Stiftungsplan bekannt gab.

Hoshi selbst hat an der Columbia-Universität in New York studiert.

Rußland verlangt von Japan sofortige Räumung der Insel Sachalin

Moskau, 21. Nov. — [illegible] Joffe, der russische Gesandte in China, sandte heute Japan eine Note, in der verlangt wird, daß die Japaner die Insel Sachalin unverzüglich räumen. Nach dem russisch-japanischen Kriege war die nördliche Hälfte der Insel an Japan abgetreten worden, als aber die Bolschewiki in Rußland ans Ruder gekommen waren und die Japaner das ganze Sibirien besetzten, nahmen sie von der ganzen Insel Besitz, und sie weigern sich, sich von der Insel zurückzuziehen.

Dritte Internationale will Faschistenbewegung bekämpfen

Moskau, 21. Nov. — [illegible] Internationale hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Faszistenbewegung, das in Deutschland, Polen, Rumänien, Ungarn und der Tschechei gewaltige Fortschritte machen soll, besprochen. Die Zeitung Pravda sagt, daß die Bewegung der Faszisten international werde, sowohl politisch wie wirtschaftlich. Die Kommunisten müßten dagegen Front machen und ihre Partei gegen die Faszisten stärken, deren Bewegung Italien erobert habe.

Lenin sagt, Russen hätten Fehler begangen, aber Feinde auch, wie Vertrag von Versailles beweise

Moskau, 21. Nov. — Nikolai Lenin sagte heute in einer Ansprache an die Leiter der russischen Kommunisten, daß die Russen zuerst ein Kulturvolk werden müßten, und daß dann die Aussichten für eine kommunistische Weltrevolution gut sein würden. „Es ist wahr," sagte Lenin, daß wir viele Dummheiten begangen haben, aber wir haben dadurch gelernt. Unsere Feinde haben auch Fehler begangen. Einer ist der Friedensvertrag von Versailles, von dem sie sich bis jetzt nicht haben befreien können."

Britische Politiker prophezeien

Arbeiterregierung in England innerhalb zehn Jahren

London, 21. Nov. — Gewiegte Politiker prophezeien auf Grund des Ausfalles der kürzlichen Wahl, daß England innerhalb von zehn Jahren eine Arbeiterregierung haben werde. Infolge des Zusammenbruchs der liberalen Partei, der durch einen Zwiespalt verursacht wurde, wird die Arbeiterpartei die zweitstärkste im neuen Hause der Gemeinen sein, und zweimal so viele Sitze haben, als bisher.

Da Arthur Henderson wider Erwarten in der Wahl geschlagen wurde, wird J. R. Clynes der logische Führer der Arbeiter im Parlamente, aber man erwartet, daß Ramsay MacDonald in seine Stelle treten wird.

Premierminister Bonar Law hat eine gute Mehrheit im Parlamente hinter sich, sodaß er imstande sein wird, die „sichere" Politik in einheimischen und internationalen Angelegenheiten zu befolgen, die dem Lande von der konservativen Partei versprochen worden ist.

Lloyd George hat nur eine geringe Zahl Parteigänger im Unterhause der Gemeinen. Die geringen Erfolge seiner Partei in der Wahl werden schlechter Organisation zugeschrieben und mangelnder Persönlichkeit. Der schwerste Schlag für ihn war die Niederlage Winston Churchill in Dundee, wo der erste Probierkandidat in der Geschichte des Landes geboren ist. Er ist E. Fermondur. Er erhielt 12,000 Stimmen nicht aus Churchill, für den 29,100 Stimmen abgegeben wurden. Der andere Vertreter Dundees im Parlament ist Ed. Scott, der die Hongkongerrel aufgedeckt hat. Er wurde als Arbeiterkandidat gewählt.

1500 bis 2000 Chilenen fanden Tod bei Katastrophe

Santiago, Chile, 21. Nov. — Berichte über das Auftauchen von Räuberbanden und über allgemeine Unruhen in Fen vom Erdboden verschwunden Dörfern, sowie die Nachricht von neuen Erdbeben und Sturmwellen, haben die Regierung veranlaßt, die Entsendung von Truppen in die Provinzen Coquimbo und Atacama in Erwägung zu ziehen.

Mit dem Einlaufen von genauen Berichten aus den einzelnen Ortschaften schwellt die Liste der Opfer der Katastrophe immer mehr an und man schätzt jetzt die Zahl der Leute, die ihren Tod fanden, auf 1500 bis 2000, und die Zahl der Verletzten auf 4000 bis 5000.

Letzte Nachrichten

Paris. — In Frankreich wurden laut soeben hier veröffentlichter Statistik in den verflossenen 12 Monaten 700,000 Kinder weniger geboren als im Vorjahre.

Toronto. — Die Imperial Bank of Canada hatte in den mit Oktober endenden 6 Monaten einen Reingewinn von 8638,003 zu verzeichnen.

Saskatoon. — Nachdem er 17 Jahre unter den Indianern des Nordens gelebt und als verschollen galt, kehrte Archie Brighton, nunmehr 33 Jahre alt, nach seinem Heim in Battleford, und damit zur Zivilisation zurück.

Lausanne. — Die Konferenz der Alliierten, welche sich mit dem Frieden im Nahen Osten beschäftigen soll, wurde gestern hier eröffnet. Präsident Haab von der Schweiz führt den Vorsitz. Lord Curzon, der England vertritt, verlieh dem Wunsche Ausdruck, daß die Konferenz in Lausanne „einen endgültigen Frieden für Alle" bringen werde. Der türkische Vertreter Ismet Pascha erklärte, daß der vor vier Jahren geschlossene Frieden „durch den Glauben an Wilson's Prinzipien" zustande gekommen sei. Venizelos vertritt Griechenland, der Faszistenführer Mussolini, Italien.

Ottawa. — Senator Sir George E. Foster, früherer Handelsminister Canadas, kehrte von seiner Europareise, die ihn auch durch Deutschland führte, zurück. Er erklärte, daß dort die Lage sehr kritisch sei und infolge des Fallens der Mark kein Sparsinn herrsche, da das gesparte Geld ja doch täglich im Werte falle. Sir Foster befürwortet Erniedrigung der Reparationsansprüche von seiten der Alliierten und Bewilligung eines zweijährigen Moratoriums. Falls die Lage dort nicht bald besser werde, befürchtet er auch in Deutschland eine große Faszistenbewegung, die bereits in Bayern eingesetzt habe.

London. — Die Arbeiterpartei als zweitstärkste Partei in England wird im neuen britischen Parlament als offizielle Opposition auftreten. Right Hon. John R. Clynes ist ihr Führer.

Einstein erhält 1921 Physik-Nobelpreis

Stockholm, 20. Nov. — Das Nobel-Preiskomitee hat den Physik-Nobelpreis für das Jahr 1921 dem Professor Dr. Albert Einstein aus Deutschland verliehen, welcher die Relativitäts-Theorie aufgestellt hat.

Den Nobelpreis für Physik für das Jahr 1921 erhielt Professor Niels Bohr aus Kopenhagen.

Der Literatur-Nobelpreis für das laufende Jahr wurde dem spanischen Dramatiker Jacinto Benavente zuerkannt. Der Preis hat die Höhe von 500,000 Francs.

Reformprogramm der Regierung von Sozialisten hartnäckig bekämpft.

Wien, 21. Nov. — Zoll um Zoll wird das Reform-Programm der Regierung von den Sozialisten bekämpft, und [illegible] Monat dürfte vergehen, ehe [illegible] das Parlament zur Ratifizierung unterbreitet werden kann.

Finanzminister Segur ist aus Gesundheits-Rücksichten zurückgetreten. Viktor Kienbock ist an seine Stelle ernannt worden. Im Umlauf befindlichen Gerüchten zufolge, sollen weitere Kabinetts-Veränderungen bevorstehen.

Inhaltsverzeichnis

S. 1—Neueste und letzte Nachrichten aus aller Welt.
S. 2—Editorielles. — Weltumschau. — Erzählung.
S. 3—Für unsere Farmer. — Neues zur Schulfrage. — Eine wuchtige Anklage gegen die Saarregierung.
S. 4—Nachrichten aus canad. Provinzen.
S. 5—Regina-Nachrichten. — Anzeigen.
S. 6—Frauenfleiß. — Für die Kinder.
S. 7—Roman: „Die Sünden der Väter".
S. 8—Regina-Nachrichten. — Getreidemarkt
S. 9—Aus Alberta. — Die Mennoniten in Süd-Rußland.
Für Katholiken: Volksvereins-Nachrichten.
S. 10—Mitteilungen unserer Leser.
S. 11—Kleine Anzeigen. — Humoristisches.
S. 12—Deutsche Briefe.